



Agenda-Dokument

Schwerpunktthema Landwirtschaft

Maßnahmenvorschlag 1.2.1: Fortführung und Ausbau des Kooperationsvertrages

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.2.2: Öffentlichkeitsarbeit

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Unter dem Begriff „Feldschild“ ist folgendes gemeint:

Es sollen an den Feldern Schilder aufgestellt werden, auf denen Informationen gegeben werden über Anbau, Bewirtschaftung, Sinn und Zweck der Maßnahme und ähnliches, was die Bevölkerung interessiert.

Maßnahmenvorschlag 1.2.3: Einbindung von Kindern und Jugendlichen

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Die Gemeinde Roßdorf sieht sich nicht zuständig, könnte aber nach Meinung der Gruppe dennoch eingebunden werden. Z.B. im Rahmen der Ferienspiele bzw. eine Kooperation mit den Landwirten oder Schulen eingehen bzw. auch Aktionen finanziell unterstützen.

Schwerpunktthema Waldwirtschaft

Maßnahmenvorschlag 1.3.1: Förderung der Waldstabilität

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.3.2: Vermeidung von Schäden an Wald und Boden

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Die angesprochene Durchführung ist sehr wohl Sache des Forstes, aber die erforderlichen und erhöhten Kosten bei dem Einsatz von Pferden bei der Holzbringung trägt ausschließlich die Gemeinde.

Maßnahmenvorschlag 1.3.3: Erhaltung der genetischen Vielfalt

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.3.4: Dauerwaldstruktur mit Ungleichaltrigkeit und Stufigkeit der Waldbäume

Der Sprecher der AG 1 und gleichzeitig in seiner Funktion Revierförster mit Zuständigkeit für den Gemeindewald Roßdorf bietet gerne den gemeindlichen Entscheidungsträgern eine Exkursion zu diesem Thema an.

Wie die AG 1 bei einer Exkursion in den Gemeindewald feststellen konnte, sind im Zuge der seit Jahren im Forst durchgeführten naturnahen Bewirtschaftung bereits mancherorts Dauerwaldstrukturen mit Ungleichaltrigkeit und Stufigkeit der Waldbäume entstanden.



Agenda-Dokument

Maßnahmenvorschlag 1.3.5: Förderung des Mischwaldes

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.3.6: Vermeidung von Reinbeständen an Nadelholz

Die AG 1 ist im großen und ganzen mit der Stellungnahme einverstanden, jedoch sind standortgerechte Baumarten beim Laubholz auch Ahorn, Vogelkirsche, Linde, Elsbeere etc. und beim Nadelholz sogar die Douglasie, die in Vorzeit auch heimisch war, und die Weißtanne und auch die europ. Lärche.

Maßnahmenvorschlag 1.3.7: Natürliche Verjüngung

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.3.8: Verzicht auf Chemieeinsätze

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.3.9: Verzicht auf Kahlschläge

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.3.10: Anpassung der Wildbestände an die waldbaulichen Ziele

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.3.11: Betreuung des Gemeindewaldes durch den Förster vor Ort

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Nach Ansicht der Gruppe soll der Förster ständig vorort sein und seine 2 Mitarbeiter ebenfalls, wobei aber auch die Möglichkeit bestehen sollte, dass Arbeiten, die im Zuständigkeitsbereich des Bauamtes liegen, auf Wunsch mit übernommen werden können. Ferner können die Forstwirte auch im Staatswald des Revieres Roßdorf oder im Gemeindewald Groß-Zimmern zum Einsatz kommen, wenn erforderlich und auf Kosten Dritter. Grundsätzlich sind Förster und Waldarbeiter aber für den Gemeindewald Roßdorf zuständig.

Maßnahmenvorschlag 1.3.12: Zertifizierung des Gemeindewaldes

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.3.13: Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Mit „Bau eines Klassenzimmers im Wald“ ist nur das Aufstellen von wenigen einfachen Bänken und Tischen gemeint, die im Rahmen von Aktionen im Schulwald zu nutzen wären.



Agenda-Dokument

Schwerpunkthema Gewässer

Maßnahmenvorschlag 1.4.1: Freilegung aus Betonierung

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.4.2: Sohlen-Lockerung

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.4.3: Eigendynamik lassen

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.4.4: Erhalt und Förderung naturgemäßer Gewässerufer

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.4.5: Auen-Schonung

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.4.6: Zwischenfruchtanbau und kontrollierte Düngung

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.4.7: Beseitigung von Altlasten

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.4.8: Verbot der Einleitung von Schmutz- und Schadstoffen

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.4.9: Sparsamer Wasserverbrauch

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.4.10: Regenwassernutzung

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.4.11: Trennung von Trink- und Brauchwasser

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.4.12: Entsiegelung

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.4.13: kontinuierliche Schadens-Sanierung im Abwasser-Kanalsystem

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.



Agenda-Dokument

Maßnahmenvorschlag 1.4.14: Wasseruntersuchungen am Riedsbach durch die Gemeinde

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Die AG 1 befürwortet nach Diskussion die kontinuierliche Untersuchung von Saprobien statt starrer Wasseruntersuchungen

Maßnahmenvorschlag 1.4.15: Kommunale Förderung privater Entkalkungssysteme

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Maßnahmenvorschlag 1.4.16: Regelmäßige Bachbegehungen

Die AG 1 ist mit der Stellungnahme einverstanden.

Die AG 1 würde sich wünschen, dass die nach Auskunft der Gemeinde Roßdorf zweimal im Jahr stattfindenden Bachbegehungen öffentlich bekannt gegeben werden, damit auch die Bevölkerung an den Begehungen teilnehmen kann.



Agenda-Dokument

Prioritätenliste der AG 1

- Priorität 1: Beginn der Maßnahme innerhalb des nächsten Jahres
- Priorität 2: Beginn der Maßnahme innerhalb der nächsten 3 Jahre
- Priorität 3: Beginn der Maßnahme innerhalb der nächsten 5 Jahre
- Priorität 4: Beginn der Maßnahme innerhalb der nächsten 10 Jahre

Schwerpunktthema 1.1 Naturschutz
Maßnahmenvorschlag 1.1.1 Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit
<ul style="list-style-type: none"> • Priorität 1: Öko-Sponsoring: Betriebe als Sponsoren von Baum-/Heckenanpflanzungen gewinnen • Priorität 2: Naturerlebnisbereich ausbauen: Freilandlabor, Klassenzimmer im Wald • Priorität 2: Informationen geben, um den Einklang von Erholung/Freizeitaktivitäten mit naturschutzrechtlichen Erfordernisse zu gewährleisten (Speziell im Hinblick auf die Ausweitung von Biotopflächen und ökologisch umgestalteten Bachläufen)
Maßnahmenvorschlag 1.1.2 Rote Liste für Roßdörper Tierarten wird ersetzt durch Broschüre => Priorität 2
<ul style="list-style-type: none"> • Fortlaufende Nutzungs- und Strukturkartierung • Befragung von Gebietskennern • Fortlaufende Bestandsaufnahme der vorkommenden Arten
Maßnahmenvorschlag 1.1.3 Erhalt und Ausweitung der Schutzgebiete => Priorität 3
<ul style="list-style-type: none"> • Förderungsfähige Gebiete, die im Sinne des Gesetzes als schützenswert anzusehen sind (Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete usw.), sind als solche auszuweisen und als solche zu behandeln • Keine Siedlungserweiterung auf Kosten wertvoller Biotop- oder Biotopverbundstrukturen: <ul style="list-style-type: none"> - Schutz wertvoller Lebensraumbereiche einschließlich ihrer Pufferzonen (insbesondere der nach § 23 des Hessischen Naturschutzgesetzes geschützten Flächen) - Keine Unterbrechung eines Biotopverbundes • Verbesserte frühzeitige Information der Öffentlichkeit über Baumaßnahmen
Maßnahmenvorschlag 1.1.4 Gewässerschutz verstärken siehe Schwerpunktthema Gewässer

Agenda-Dokument

Maßnahmenvorschlag 1.1.5 Aufbau eines Biotopverbundkonzeptes => Priorität 2
<ul style="list-style-type: none">• Auffinden und Bereitstellen der für Biotopverbund geeigneten und entwickelbaren Flächen• Schaffung von Biotopverbundflächen und durchgängigen Verbindungen<ul style="list-style-type: none">- Verbundfunktion des Bahndammes sichern bzw. wiederherstellen- Unterbrechungen durch naturnahe Strukturen schließen- Pflegemaßnahmen entwickeln und durchführen
Maßnahmenvorschlag 1.1.6 Entfernung der Hybridpappeln => Priorität 3
<ul style="list-style-type: none">• Pappeln durch standortgerechtes, einheimisches Gehölz ersetzen
Maßnahmenvorschlag 1.1.7 Roßberg: Erhaltung in der jetzigen Form => Priorität 4
<ul style="list-style-type: none">• Bereits aufgeforstete Basaltschotterhänge bestehen lassen• Zurzeit noch offenstehende und neu entstehende Basaltschotterhänge zum Schutz der seltenen Flora und Fauna auf den Trockenstandorten nicht aufforsten• Erstellung eines fachgerechten Entwicklungskonzeptes in dem Abbau, Naturschutz und Folgenutzungen aufeinander abgestimmt sind
Maßnahmenvorschlag 1.1.8 Schutz der Tier- und Pflanzenwelt => Priorität 3
<ul style="list-style-type: none">• Krötentunnel an der Zufahrt zum Sportzentrum• Erhalt und Weiterentwicklung der Waidlichtungen• Erhalt der Kulturlandschaft um den Rehberg• Auenbereiche extensivieren und weiterführen• Strukturaneicherung in der offenen Feldflur• Anteil ungenutzter Flächen bzw. extensiv genutzter Flächen erhöhen

Schwerpunktthema 1.2 Landwirtschaft

Alle genannten Maßnahmen haben Priorität 2 und sollten innerhalb der nächsten 3 Jahre begonnen werden bzw. realisiert sein.

Agenda-Dokument

Schwerpunkthema 1.3 Waldwirtschaft

Alle genannten Maßnahmen sind mit Ausnahme der unter Öffentlichkeitsarbeit genannten Punkte „Naturerlebnispfad“ und „Klassenzimmer im Wald“ bereits in der Durchführung und können daher mit Priorität 1 bezeichnet werden.

Die Punkte „Naturerlebnispfad“ und „Klassenzimmer im Wald“ sollten innerhalb der nächsten 3 Jahre begonnen werden bzw. realisiert sein.

Schwerpunkthema 1.4 Gewässer

Priorität 1:

- Eigendynamik lassen
- Erhaltung und Förderung naturgemäßer Gewässer-Ufer
- Zwischenfruchtanbau und kontrollierte Düngung
- Beseitigung von Altlasten
- Sparsamer Wasserverbrauch
- Trennung von Trink- und Brauchwasser in Neubaugebieten
- Entsiegelung
- Kontinuierliche Schadens-Sanierung im Abwasser-Kanalsystem
- Wasseruntersuchungen

Priorität 2:

- Auen-Schonung

Priorität 3:

- Freilegung aus Betonierungen und Sohlen-Lockerungen
- Regenwassernutzung

Agenda-Dokument

4.2 Erläuterungen der Agenda-Gruppe 2 „Verkehrsentwicklung“ zu einzelnen Punkten der Stellungnahme der Gemeindeverwaltung

Schwerpunktthema 1: Fußgänger

1. Parken auf Gehwegen: Die Verwaltung räumt in ihrer Stellungnahme selbst ein, dass das Parken auf Gehwegen laut StVO untersagt ist! Insofern stellt schon die Duldung von Verstößen gegen diese gesetzliche Vorschrift eine Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien durch die Gemeinde dar. Das Argument, bei korrekter Anwendung der StVO "ginge mehr als die Hälfte der Parkfläche in Roßdorf verloren", offenbart nicht nur eine gewisse Einäugigkeit bei der Beurteilung kommunaler Prioritäten ("Parkplätze vor Gehwegen!"), sondern steht augenscheinlich auch im Widerspruch zu der im DARMSTÄDTER ECHO vom 26.3.02 geäußerten Auffassung des Roßdörfer Bürgermeisters, es stünden zu viele parkende Autos auf den Straßen.

Dies ist auch die Meinung der Agenda-Gruppe, denn die Straße ist in erster Linie zum Befahren da, so wie der Bürgersteig zum Gehen, und nur wo diese Grundfunktionen nicht beeinträchtigt sind, kann zusätzliches Parken im öffentlichen Straßenraum zugelassen werden. Ist also beidseitiges Parken nicht möglich, ohne dass auf der Straße noch genügend Raum für die Begegnung zweier Fahrzeuge bleibt, muss entweder einseitiges (ggf. versetztes) Parken verordnet oder die betreffende Straße zur Einbahnstraße erklärt werden. Die Inanspruchnahme des Gehwegs als Ersatzparkplatz verletzt eindeutig die Rechte der Fußgänger. Das von der Verwaltung definierte Duldungskriterium ("mindestens 50 cm freie Gehwegbreite") kann von Rollstuhlfahrern und Eltern mit Kinderwagen nur als Provokation empfunden werden. Die beiliegenden Fotos aus der Jahnstraße machen dies deutlich.

Absenkung der Bordsteine:

Die Gewohnheit, den Gehweg als zur Fahrbahn gehörig zu betrachten, hat bei Autofahrern in den letzten Jahren so überhandgenommen, daß es der Agenda-AG im Interesse der Fußgängersicherheit angebracht schien, künftig wieder eine deutlichere Trennung zwischen Straße und Bürgersteig durch mindestens 15 cm hohe Bordsteine zu empfehlen. Uns ist durchaus bewusst, dass dies eine grundlegende Abkehr von der in den letzten Jahren in Roßdorf praktizierten "weichen" Trennung von Straße und Gehweg bedeutet und somit nur langfristig umzusetzen ist. Der Einwand der Verwaltung, höhere Bordsteine stellten eine "unüberwindliche Hürde" für Behinderte dar, erscheint uns jedoch nicht stichhaltig, wenn -was auch wir fordern - in allen Kreuzungsbereichen Rollstuhlübergänge verbleiben, bzw. angelegt werden. Auch zwischen den Straßenkreuzungen liegen zahlreiche Hof- und Garageneinfahrten mit abgesenkten Bordsteinen, die benutzt werden können.

Agenda-Dokument

Besonders die Wilhelm-Leuschner-Straße ist durch den LKW-Verkehr stark gefährdet. Auf dem rechten Bürgersteig Richtung Ober-Ramstadt ist es äußerst gefährlich zu laufen, erst recht diese Seite des Bürgersteigs mit einem Rollstuhl zu befahren. LKWs und auch PKWs benutzen in diesem Bereich den Bürgersteig mit, vor allem wenn der Gegenverkehr stark ist.

3. Verzögerung der Grünphase bedeutet: Fußgänger/innen bekommen „grün“ und erst ca. 5 Sekunden später bekommen auch die PKWs „grün“. So laufen die Fußgänger/innen bereits, ehe die PKWs los fahren dürfen und für diese die laufenden Fußgänger/innen sichtbar werden.

Wartende Autos im Kreuzungsbereich: es ändert sich nichts zu heute.

Rückbau der Kreuzung Wingertstr. / Beunegasse / Jahnstr.: muss erst etwas passieren?

Zebrastrifen: Die Aussage ist eine Behauptung. Es gibt zu diesem Thema andere Gutachten und Urteile. Diese sollten in die Abwägung mit einbezogen werden.

Schwerpunktthema 2: Radfahren

Es ist für uns nicht ersichtlich, was für „nicht sinnvoll“ erachtet wird: die beiden Routenvorschläge 1 + 2 durch Roßdorf?

Wieso ist in Abs.3 (= Route 2 unseres Dokuments) Angelegenheit des Bauamtes Darmstadt?

Wir bitten die Gemeinde diesen Teil der Stellungnahme zu konkretisieren, damit alle wissen, was genau gemeint ist.

Zum besseren Verständnis legen wir nochmals ein Plan über die Fahrradrouten durch Roßdorf bei.

1. Bahntrasse: Auf der Bahntrasse ist eine Nutzung als Wegfläche uneingeschränkt möglich (siehe Vertrag Punkt 5b).

Schwerpunktthema 4: Durchgangsverkehr

2. Verlagerung des Schwerlastverkehrs: Wir sprechen über eine neu zu bauende Anbindung auf der Eiche.

Schwerpunktthema 5: ÖPNV

1. Freihaltung der alten Bahntrasse: Die Bahntrasse auf Roßdörfer Gemarkung ist Eigentum der Gemeinde. Im Kaufvertrag vom 7.12.1983 verpflichtet sich die Gemeinde die Trasse für 20 Jahre frei zu halten (Punkt 5 b + d des Vertrages). Diese Verpflichtung soll verlängert werden. Eine Absprache mit anderen Kommunen ist nicht erforderlich.

2. Bushaltestellen: Es gibt nicht an allen Bushaltestellen Unterstellmöglichkeiten.

AGENDA 21 Rossdorf / Projektgruppe 2 "Verkehrsentwicklung"

Stellungnahme der Gemeindeverwaltung zu den Vorschlägen der Projektgruppe (Synopsis):

Vorschläge der Agenda-Gruppe	Reaktion der Gemeindeverwaltung	Fazit
Allgemein		
1 Erstellung eines Generalverkehrsplans	Keine Stellungnahme	?
Fußgänger		
2 Totales Parkverbot auf Gehwegen	Unrealistisch. (Durchführung nur auf Kosten von ca. 50% der Gesamtparkfläche; bei geduldetem Parken bleiben den Fußgängern mindestens 50 cm Restbreite)	-
3 Radfahrverbot auf Gehwegen	Beinhaltet Gesetzesverstoß (?) wegen Ausnahmeregelung für Kinder < 10 Jahre	-
4 Bordsteinhöhen 15 cm	Bedeutet Diskriminierung Behinderter, Gefährdung von Radfahrern	-
5 Ausreichend breite Bürgersteige (2 Personen)	Zu wenig Platz. Nur durchführbar bei einseitigen Gehwegen.	-
6 Bürgersteig Wiesenweg	Bereits in Planung	+
7 Sicherung Kindergartenwege	Besteht bereits (?)	(+)
8 Ampelschaltung Kreuzung am Rathaus	Geht nicht (zu lange Wartezeiten)	-
9 Ampelverlegung vor Gasthaus "Sonne"	Geht nicht (Kreuzung wird verstellt) ???	-
10 Zebrastreifen	Erhöhung des Unfallrisikos	-
11 Bodenmarkierung durch Piktogramme	Möglich	+
12 Kreuzung Beunegasse/Jahnstraße	Kein Handlungsbedarf	-
13 Spielplatz Wiesenweg	Vorhandene Beschilderung ausreichend	-
14 Elternhaltestellen	Keine alleinige Zuständigkeit	(+)
15 Straßenbegleitgrün + Pflanzaktionen	Früherer Versuch blieb erfolglos	-
16 Neue Ruhepunkte	Keine Stellungnahme	?
17 Aufwertung Freizeitzentrum Riedsabachau	Kostenvorbehalt wegen Rückbaumöglichkeit nach Großveranstaltungen	(+)
18 Brunnengestaltung Beunegasse	Keine Stellungnahme	?
19 Belebung Geißberganlage	Vorbehalte wegen Lärmbelästigung	-
20 Eisess-Sitzgruppe Beunegasse/Jahnstraße	Vorbehalte wegen Lärmbelästigung, z.Zt. kein Platz	-
21 Verkehrsberuhigte Zonen	Nicht allein zuständig	(-)
Radfahren		
22 Radweg-Beschilderung innerörtlich	Ja	+
23 Gemeinde-Radweg 1	Vorbehalt wegen Freihaltung der Bahntrasse	-
24 Gemeinde-Radweg 2	Nicht zuständig (→ Bauamt Darmstadt) ???	-
25 Radweg nach Ober-Ramstadt bauen	Nicht zuständig (→ Amt für Straßen- und Verkehrswesen)	-

Vorschläge der Agenda-Gruppe	Reaktion der Gemeindeverwaltung	Fazit
26 Zweiter Radweg nach Darmstadt	Nicht zuständig (→ Amt für Straßen- und Verkehrswesen)	-
27 Gemeinde-Radweg 2 sichern (Markierung, Verbreiterung)	Sinnvoll	+
28 Radweg nach Darmstadt sichern	Nicht zuständig (→ Amt für Straßen- und Verkehrswesen)	-
29 Radweg nach Gundershausen sichern	Nicht zuständig (→ Amt für Straßen- und Verkehrswesen)	-
Innerörtlicher Autoverkehr		
30 Tempo 30 auf allen Nebenstraßen	"Grundsätzlich" möglich	+
31 Konsequente Tempo-Kontrollen	Geschieht bereits (???)	(-)
32 Betonkübel Holzgasse entfernen	"Grundsätzlich" möglich	+
33 Anliegerverkehr im alten Ortskern	"Grundsätzlich" möglich (nach Absprache mit den Betroffenen)	+
34 Rückbau Holzgasse/Odenwaldring	Möglich, wenn LKWs nicht behindert werden	(+)
35 Bäume statt Betonkübel (im Odenwaldring)	Möglich, falls Baumpflege gesichert ist	(+)
36 Sperrung Bruchwiesenweg	Kein Handlungsbedarf	-
37 Parken nur auf markierten Flächen	Hat wenig Sinn, "weil zuviele Parkplätze verloren gingen"	-
38 Generelles Parkverbot in einzelnen Straßen	Nicht möglich	-
39 Anwohner- und Zeitparkplätze	Ja, bei Ausweisung neuer Baugebiete	(+)
40 Kampagne "Laufen statt Fahren"	Keine Stellungnahme	?
41 Einrichtung verkehrsberuhigter Zonen	Keine Stellungnahme	?
Durchgangsverkehr		
42 Tempo 30 auf Durchgangsstraßen	z.Zt. Gesetzesverstoß (StVO), Zustimmung der Fachbehörden nötig	(+)
43 Verkehrsinsel Wilhelm-Leuschner-Straße	Nicht allein zuständig (→ Amt für Straßen- und Verkehrswesen)	(+)
44 Verlagerung Schwerlastverkehr Richtung Ober-Ramstadt	Umleitungsvorschlag nicht LKW-gerecht. Zustimmung Ober-Ramstadts fraglich.	-
45 Kein Durchgangsverkehr über K 128 und L 3115 (Gundershausen)	Nicht realisierbar, da Anliegerverkehr nicht kontrollierbar	-
46 LKW-Fahrverbot zwischen 22 und 6 Uhr	Keine Stellungnahme	?
47 Pendlerverkehr aus Richtung Reinheim	Das Mögliche ist bereits geschehen	-
Öffentlicher Personen-Nahverkehr		
48 Freihaltung der alten Bahntrasse	Nicht allein zuständig (→ Weitere Kommunen)	?
49 Attraktivität der Bushaltestellen	Kein Handlungsbedarf	-
50 Aufstellung von Fahrkartenautomaten	Nicht allein zuständig (RMV/DADINA)	?
51 Familienfahrkarten	Keine Stellungnahme	?
52 Sonderbusse bei Veranstaltungen	Fahren bereits	-
53 Anrufsammeltaxi	Keine Stellungnahme	?
54 Pünktlichkeit der Busse	Nicht zuständig	-
55 Pendlerbörse	Ja	+

Fazit der Beurteilung von insgesamt 55 Einzelvorschlägen:

8 x "Ja"
8 x "Ja, aber ..."
2 x "Nein, aber ..."
27 x "Nein", bzw. "geht nicht"
10 x "Keine Stellungnahme", bzw. "nicht zuständig"

Durchgehend vage Angaben zu den Umsetzungszeiträumen, verknüpft mit Vorbehalten hinsichtlich vorhandener Haushaltsmittel. Kosten werden größtenteils als "nicht greifbar" bezeichnet.

Empörend:

Die Aussage, daß die Wahrung des gegenwärtigen Parkplatzbestandes Vorrang haben soll gegenüber der Sicherheit und der Bewegungsfreiheit von Fußgängern. Gehweg-Restbreiten von 50 cm entsprechen dem Niveau von Legehennenbatterien und sind dem Leitbild eines Ortes mit hoher Lebensqualität absolut unwürdig!

Beschämend:

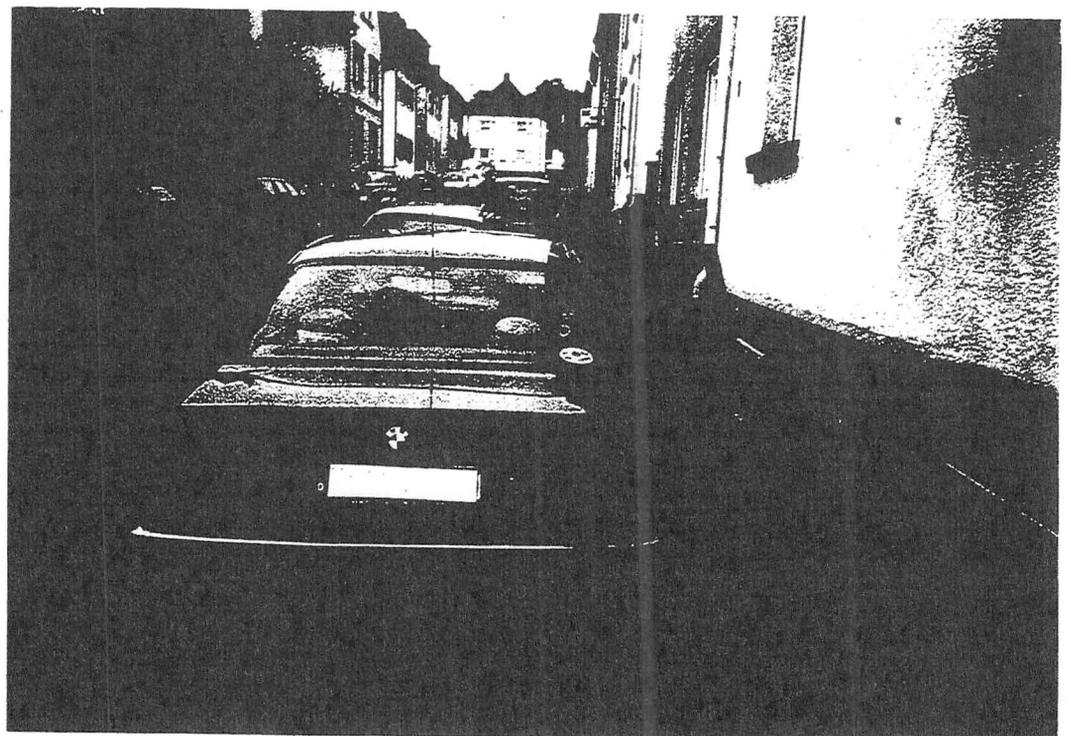
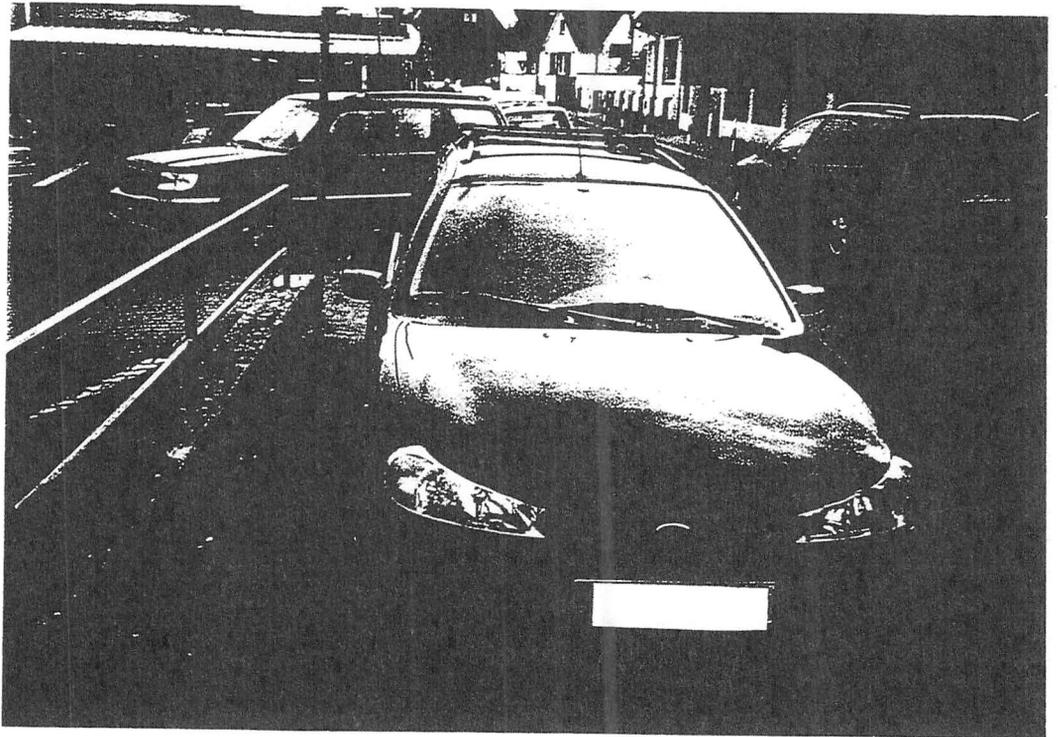
Das behördlich geäußerte Vorurteil, Maßnahmen zur Verbesserung der Bürgerbegegnung und -kommunikation (siehe Geißberganlage, und Eisessplatz) seien in erster Linie als potentielle Quelle von *Lärmbelästigungen* einzustufen. Den Verfechtern der Regel: "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!" sollte dringend ein sommerlicher Studienaufenthalt in unserer italienischen Partnergemeinde verordnet werden.

Insgesamt läßt die Stellungnahme der Verwaltung Zweifel daran aufkommen, ob der Grundgedanke der Agenda 21, eine zukunftsorientierte, umweltschonende und bürgerfreundliche Perspektive für die an diesem Prozeß beteiligten Kommunen zu entwickeln, in Roßdorf wirklich verstanden worden ist: Es geht hier um *Weiterentwicklung* und *Veränderung*, nicht um phantasielose Fortschreibung eingefahrener Denkmuster, deren falsch verstandene "Sachzwänge" für einen Großteil der Probleme verantwortlich sind, die wir im neuen Jahrhundert lösen müssen, wenn unsere Gemeinde lebens- und liebenswert bleiben soll.

26.3.2002 / Hp. Luley

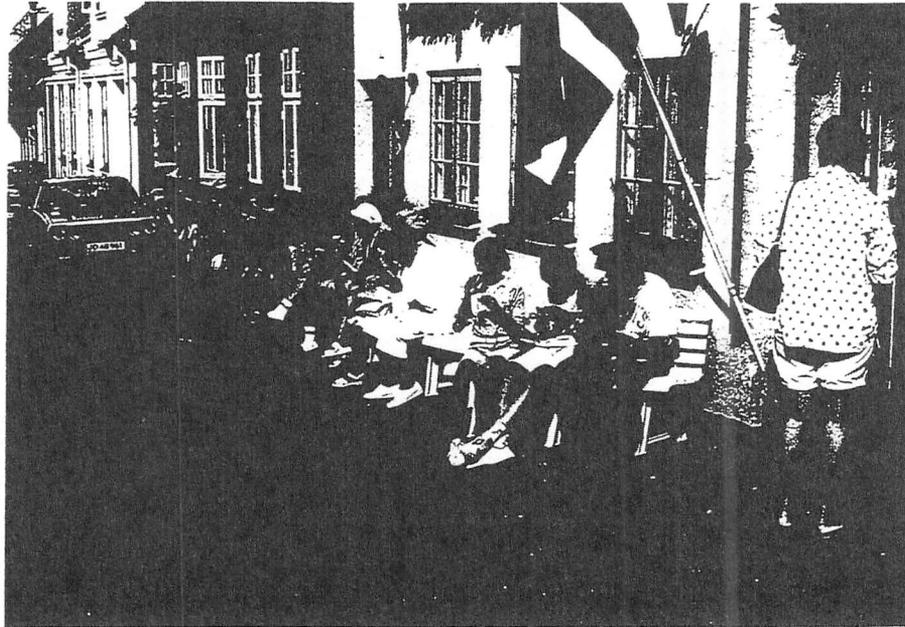
Maßnahmen- vorschlag 2.1.1:	Bürgersteige für die Fußgänger freihalten
	Die Maßnahmen können nur mit Einschränkungen als sinnvoll angesehen werden. Das Parken auf dem Gehweg ist nach den Bestimmungen der StVO untersagt. Es wird jedoch ein bedingtes Parken auf dem Gehweg geduldet, und zwar dann, wenn mindestens 50 cm Gehwegfläche übrig bleiben. Würde nicht so verfahren, entfällt mehr als die Hälfte der Parkfläche in Roßdorf. Dies deshalb, weil kaum eine Straße Rossdorfs so breit ist, dass beidseitiges Parken möglich ist.

In der Praxis (Roßdorf, Jahnstraße) sieht das dann so aus:

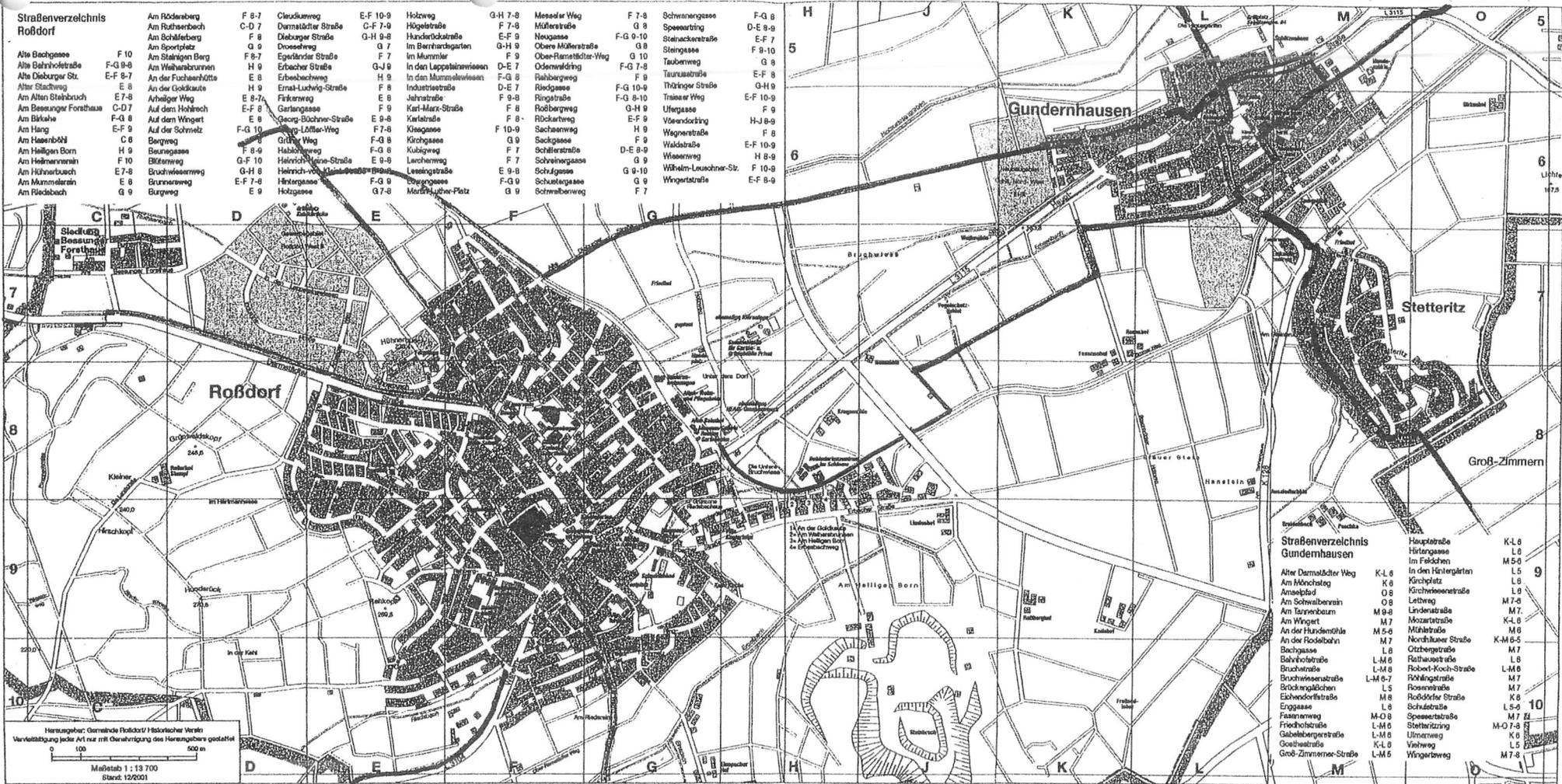


Maßnahmen- vorschlag 2.1.4.	Begrünung der Straßen und Einrichtung von Verweilplätzen
	Die Maßnahmen sind im Prinzip sinnvoll. Bei der Forderung, die Geißberganlage zu beleben, ist darauf zu achten, dass es für die umliegenden Anwohner zu keinen unzumutbaren Lärmbelastigungen kommt. Bei der Einrichtung einer Eisess-Sitzgruppe kommt es unweigerlich zu Lärmbelastigungen für die umliegenden Anwohner, da sich in den Sommermonaten hieraus ein Treffpunkt bildet. Für eine Sitzgruppe ist der nötige Platz bisher nicht vorhanden.

Liebenswert oder ruhestörend ?



Eisess-Platz in einer dänischen Kleinstadt



Regionale Radwege in Rossdorf und Gundershausen:

- Radweg 9** (Dietzenbach/Urberach ↔ Neunkirchen/Gadernheim) in Gundershausen
- Radweg 11** (Offenbach/Dreieichenhain ↔ Ober-Ramstadt/Brandau) in Rossdorf
- Radweg 20** (Wolfskehlen/Darmstadt ↔ Gr.-Zimmern/Gr.-Umadt) führt an Rossdorf vorbei und durch Gundershausen
- Radweg Rossdorf/Darmstadt** entlang der L 3104
- Radweg Gundershausen/Rossdorf** entlang der L 3115
- Einseitige Radspur** auf der L 3104 nach Ober-Ramstadt
- Fuß-/Radweg** auf der ehem. Bahntrasse

Innerörtliche Radwege:

- Verbesserung der Infrastruktur durch Schaffung innerörtlicher Radwege mit Anbindung an regionale Routen und analoger Beschilderung.
- Gemeinderadweg 1** - Verlängerung Fuß-/Radweg ehem. Bahntrasse ↔ Siedlung Bessunger Forst
 - Gemeinderadweg 2** - Ortseingang Rossdorf/Wilhelm-Leuschner-Straße ↔ Fuß-/Radweg ehem. Bahntrasse)
 - Gemeinderadweg 3** - Verlängerung Fuß-/Radweg ehem. Bahntrasse ↔ Gundershausen/Radwege 9 und 20)



Agenda-Dokument

4.3 Stellungnahmen und Prioritätenliste der AG 3 „Kinder, Jugendliche und Senioren – Globales Lernen“

Zu 3.1.1: Projekt "Brücke in die Vergangenheit" an der Grundschule:

Die Grundschule hat dieses Projekt spontan aufgegriffen und befasst sich damit erfolgreich seit zwei Jahren. Da dieses Projekt keine Kosten verursacht, dafür jedoch von großem Nutzen sein kann, wäre es wünschenswert, wenn die entsprechenden Gemeindebeamten (Seniorenbeauftragte, Jugendpflege) immer wieder zu vermitteln versuchten. Hierbei ist besonders die 'Vernetzung' nötig, auf die wir immer wieder hinweisen.

Zu 3.1.2: Computer-Café: Hat keine Priorität

Zu 3.1.3: Freie Begegnungsstätte:

Liegt der Gruppe besonders am Herzen. Angedacht ist z.B. ein Schrebergarten, der von Jung und Alt gepflegt wird, mit besonderen Projekten im Hinblick auf Erleben und Erfahren. Hier wäre die Seniorenbeauftragte und die Jugendpflege angesprochen. Die Gruppe wünscht sich ein ausführliches Gespräch darüber.

Zu 3.1.4: Orte Treffpunkte:

Hier gilt das unter 3.1.3 Gesagte. In dem Fragebogen wünschten sich die Jugendlichen ausdrücklich einen Treffpunkt für Jugendliche. Die Gruppe bezweifelt, dass alle Jugendlichen laute Musik, grelle Farben und dunkle Ecken bevorzugen.

Zu 3.2.1: Fragebogenaktion:

Die hier gegebene Antwort stößt auf Unverständnis:

Die Teilnahme war mit 220 ausgefüllten Fragebogen mehr als durchschnittlich und wir behaupten, daß die Ergebnisse sehr aussagekräftig sind. Es ist daher nicht verständlich, warum die zuständigen Jugendpfleger bisher nicht in Kontakt mit uns getreten sind; noch unverständlicher ist die Aussage, dass anonyme Fragebogenaktionen meist 'nicht den gewünschten Erfolg' brächten (wir haben diese Aussage einem professionellen Umfrage-Institut unterbreitet, die dies verneinten). Der Vorschlag, Fragebogenaktionen nur innerhalb des Jugendclubs zu starten, betrachten wir wiederum nicht als sinnvoll, da hier von vornherein eine Selektion stattfindet und die Ergebnisse somit nicht mehr aussagekräftig sind.

Zu 3.2.2: Jugendforum:

Dies hat absolute Priorität in der Gruppe. Über den Namen und die Gestaltung sollte allerdings noch nachgedacht werden. Die Gruppe wünscht sich die Unterstützung des Jugendclubs. Dass wir die Jugendlichen nicht mit einer Podiumsdiskussion oder einem Politikerparcour hinter dem Ofen



Agenda-Dokument

hervorlocken können ist uns bewußt. Hier ist die gesamte Phantasie aller Beteiligten gefragt um entsprechende Formen und Events zu entwickeln um mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen.

Zu 3..2.3 und 3.2.4: Kinder- und Jugendkino im Jugendtreff:

Dies sollte langfristig im Auge behalten werden. Es ist nicht an ein Kinocenter in Roßdorf gedacht, eher an einen Raum für 50 Personen mit entsprechender Technologie für Video und Filmvorführungen.

Zu 3.2.5: Halfpipe verbessern:

Da dem Haushalt keine Mittel zur Verfügung stehen, wäre dies sicher ein Projekt, bei dem in einer gemeinsamen Aktion unter Anleitung von Senioren die Jugendlichen und Senioren weiter die Anlage verbessern könnten. Positive Beispiele aus der näheren Umgebung sollten besucht werden.

Zu 3.2.6: Zusammenarbeit von Vereinen und Jugendförderung:

Hier wäre es wichtig, an die sogenannte 'Vernetzung' zwischen Vereinen, Agenda-Gruppen und anderen Gruppierungen in der Gemeinde zu denken.

Zu 3.2.7: Runder Tisch/Jugendkonferenz:

Wir haben Interesse mehr über den Jugendbeirat zu erfahren und würden gerne eine Versammlung oder ein externes Treffen nutzen um über den Agenda-Prozeß in Roßdorf zu berichten und mit Jugendlichen in Kontakt treten.

3.3.1: Ganztagschule:

Da dies nicht in der Zuständigkeit der Kommune liegt, legen wir auch nicht besonderen Wert auf den Begriff, sondern auf die praktische Durchführung. Wir möchten besonders darauf hinweisen, dass wir nicht an eine "Betreuung" der Kinder und Jugendlichen denken, sondern an eine sinnvolle Beschäftigung und Einbeziehung in das vielseitige Geschehen unserer gesellschaftlichen Abläufe. Hier ist natürlich die Gemeinde, die Vereine und die Eltern aufgerufen bei der Gestaltung eines Nachmittagsangebotes mitzuwirken.

Zu 3.3.2: Leih-Oma und -Opa:

Hier gilt das bereits unter 3.1.1. Gesagte.

3.3.5: Fremdsprachen spielerisch schon im Kindergarten:

Hier gilt es zu klären, dass keine Kinder "zum Lernen angetrieben" werden sollen. Sondern vielmehr die große Wissensbegierde und Aufnahmefähigkeit der Kinder im Vorschulalter auf spielerische Weise genutzt werden soll, um das Gefühl für Fremdsprachen zu fördern. Es geht



Agenda-Dokument

dabei nicht nur um die Sprache, sondern auch um das Näherbringen anderer Kulturen und Denkweisen. Auch hier wäre eine Vermittlung seitens der Kommune wünschenswert.

In diesem Zusammenhang sei auf die jüngst veröffentlichte PISA-Studie hingewiesen. Darin wird deutlich, dass die Kinder in Deutschland zu spät mit dem Lernen beginnen.

Zu 3.3.6: Theatergruppe von Jung und Alt:

Der Gruppe ist klar, dass hierzu sich eine oder mehrere Personen besonders engagieren müssten. Da dies nicht der Fall ist, muss das Projekt zurückgestellt werden, sollte aber nicht ganz außer Acht gelassen werden.

Zu 3.3.7: Preis für soziales Engagement für Kinder und Jugendliche:

Wir dachten nicht an eine Urkunde für 5maliges Blutspenden. Es ging uns eher darum soziales Engagement einer Jugend-Gruppe mit einem nennenswerten Betrag zu unterstützen, oder einen Wettbewerb auszuschreiben zu Themen wie Umwelt, Frieden, Rassismus

Zu 3.4: Natur:

Hier gilt das bereits unter 'Jugendforum' Gesagte. Es sei besonders darauf hingewiesen, dass sich in den Fragebögen sehr viele Jugendliche für 'Natur' interessierten.

Zu 3.5: Betreuungsangebote:

Hier gilt zu allen Punkten der Gedanke der Vernetzung.

Zu 3.6.: Teilhabe:

Hier möchten wir noch einmal auf die Priorität eines Jugendforums hinweisen. Es geht nicht darum, bestimmte Problemlagen und Konflikte der Jugendlichen zu besprechen, sondern vielmehr die Jugendlichen in die komplexen Problemlagen einer globalisierten Welt einzuführen. Hier können Erwachsene ehrenamtlich auf vielfältige Weise sich einbringen (Naturprojekte, Seminare und Vorträge zu aktuellen Themen). Hier möchten wir dringend Einzelheiten besprechen und klären.

3.7: Vernetztes Denken:

Hier sind alle zuvor genannten Projekte beinhaltet. Kontakte mit Schulen und Gemeinden in einem Entwicklungsland könnten sich dann als Folgeprojekte ergeben. Auch interkulturelle Kontakte in Roßdorf sind entwicklungsfähig.



Agenda-Dokument

4.4 Weitere Ergänzungen und zusätzliche Informationen der Arbeitsgruppe 4 „Energiemanagement und Wirtschaft“

Die Gruppe 4 möchte nach der Stellungnahme der Gemeinde folgende Ergänzungen hinzufügen:

Maßnahmevorschlag 4.1.4 Einbindung der Schulen

Die Gruppe akzeptiert die Einwände der Gemeinde und versucht die Schulen direkt anzusprechen. Das Gespräch mit Herrn Mainusch zeigte für die Justin-Wagner-Schule, daß hier der verantwortliche Umgang mit Energie bereits erfolgreich praktiziert wird. Frau Beldermann von der Rehbergschule und Frau Maier von der Schule in Gundernhausen werden zu den Agenda-Vorschlägen angesprochen.

Maßnahmevorschlag 4.3.4 Windkraftanlagen

Obwohl sich die Gemeindevertretung gegen Windkraftanlagen ausgesprochen hat, sollte die Gemeinde als Option für die Zukunft ein Gelände für zukünftige Windkraftanlagen ausweisen. Bei steigenden Energiekosten und durch Großserienfertigung günstiger werdenden Generatoren kann eine derartige Anlage in Zukunft wirtschaftlich werden. Agenda 21 soll sich auf das 21. Jahrhundert beziehen. Unter diesem Aspekt können in 30 Jahren völlig andere Gesichtspunkte wichtig werden. Es wäre schade, wenn die Gemeinde hier zukünftige Möglichkeiten verplanen und verbauen würde.

Maßnahmevorschlag 4.5.6 Holz- und Gartenabfälle

Bei Holz- und Gartenabfällen z.B. Schnittholz und sog. Wellen war nicht an Fördermittel der Gemeinde gedacht. Vielmehr sollten solche Abfälle an Betreiber von Anlagen zur umweltfreundlichen Energie-Erzeugung abgegeben werden. Dies würde den Gemeindeetat und die Umwelt entlasten.

Bedenken Sie, Holz ist ein wertvoller Brennstoff! Beim Verrottungsprozeß gibt es genau soviele Kohlendioxid ab wie bei einer umweltfreundlichen Verbrennung. Die Geruchsbelastung ist hierbei wesentlich geringer!

Professor Böhm erklärte bei der Sitzung der Lenkungsgruppe hierzu, daß im Rahmen des regionalen Klimabündnisses Starkenburg auch dieser Aspekt wesentlich sei.



Agenda-Dokument

Prioritätenliste der AG 4

Viele Vorschläge der Gruppe Energiemanagement und Wirtschaft sind nur langfristig wirksam und können daher nicht nach Prioritäten bewertet werden.

Gleichwohl ist die Bewußtseinsbildung und die damit verbundene Verhaltensänderung eines unserer wesentlichen Anliegen.

Die Einbeziehung der Schulen ist sicher ein wichtiger Schritt in Richtung Zukunft. (4.1.4)

Das Verhalten der Bürger zu ändern und den verantwortlichen Umgang mit Energie zu erreichen, ist eine Aufgabe der politischen Parteien und Gruppierungen.

Diese Aufgabe kann mit Erfolg gelöst werden, wenn alle Parteien und Gruppierungen das Agendakonzept unterstützen und den verantwortungsvollen Umgang mit Energie in ihren eigenen Konzepten verankern. Die Einrichtung einer unabhängigen Energieberatungsstelle kann ein Meßpunkt sein. (4.4.1)

Wir erwarten, daß die Gemeindeverwaltung ihre Vorreiterrolle weiterhin wahrnimmt.

Die Einführung einer Dachflächenbörse könnte ein Schritt sein, um Investoren aus der Gemeinde zu locken. (4.5.5)